

Deutschland 1945 – Befreiungsoptionen

Rolf Badstübner

1. Forschungsparadigmen

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Beginn des Friedens in Europa¹ markierten im Mai 1945 als weltgeschichtliche Zäsur zugleich die wohl am tiefsten greifende Zäsur der deutschen Geschichte. Das faschistische Deutschland erlitt auf eigenem Boden eine totale Niederlage in einem sinnlosen, wahnwitzig zum „totalen“ ausgeweiteten Krieg, der das ganze deutsche Volk in den Untergang hineinzureißen drohte.² Dem Durchhalteterror gegen die eigene Bevölkerung fielen noch in den letzten Kriegstagen unzählige Deutsche zum Opfer.³ Mit der Befreiung der Welt vom Faschismus vollzog sich auch die Befreiung des deutschen Volkes, obwohl die Sieger- und Besatzungsmächte das so nicht deklarierten. Sie wussten, dass die nazistisch infiltrierte Deutschen sich besiegt und vom gefürchteten Feind nun besetzt fühlten, sich bestenfalls vom Kriege befreit sahen. Hinzu kam, dass sich der Übergang vom Krieg zum Frieden und die Besetzung Deutschlands bis zuletzt in erbitterten kriegerischen Aktionen vollzogen und – verstärkt durch Hass auf Deutschland und die Deutschen – mit Plünderungen, Gewaltakten, insbesondere Vergewaltigungen, einhergingen.

Während in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im Kontext antifaschistischer Aktivitäten unter der deutschen Bevölkerung schrittweise auch Befreiungsdanken um sich griff, setzte sich – nach anfänglich ähnlichen Ansätzen – in den Westzonen immer stärker und im Kontext des Kalten Krieges endgültig das Diktum der Niederlage durch, das dann auch in der Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik dominierte. Und als sich diese nach der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 vor dem Bundestag endlich dazu durchrang, jenes Diktum zu überwinden und den 8. Mai 1945 auch als einen Tag der Befreiung zu bewerten, blieb sie, wie auch Weizsäcker selbst, in dieser Bewer-

1 Der Krieg gegen Japan war noch nicht beendet.

2 Siehe die mit Abstand beste Untersuchung zum Thema: Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.

3 Auch der Verf. entrann als 16-jähriger Heimatflakhelfer am 7. Mai 1945 nur knapp seiner Erschießung als Deserteur.

tung doch auf halbem Wege stehen, nämlich bei der unmittelbaren Befreiung von der Nazi-Diktatur.

Das griff und greift noch immer zu kurz und wird der Dimension der Befreiung der Deutschen nicht gerecht. Die Besetzung Deutschlands und die Übernahme der Obersten Gewalt durch die vier Siegermächte zielten doch auf eine radikale politisch-gesellschaftlich-ideologische Überwindung des Nationalsozialismus und des deutschen Militarismus und somit auf eine Befreiung zu einem echten Neubeginn und für eine geschichtliche Wende in Deutschland. Dazu bedurfte es eines entsprechenden Besatzungsregimes, denn der deutsche „Widerstand ohne Volk“, die Minderheit von Antifaschisten und Demokraten, waren – selbst in einer längeren Kraftanstrengung – aus eigener Kraft dazu kaum in der Lage; das deutsche Volk konnte sich 1945 nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Das war im Mai 1945 Konsens in der Anti-Hitler-Koalition.⁴

Vor dieser historischen Tatsache, die Besatzungsherrschaft als eine Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte⁵ zu begreifen und darzustellen, scheute und scheut die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung mehrheitlich zurück – jetzt mehr als früher. Anstelle eines von 1945 ausgehenden genetischen Ansatzes avancieren nun die Ereignisse von 1989/90 zum zentralen Referenzpunkt einer teleologisch ausgerichteten Erfolgs- und Siegeregeschichte, die sich auch die frühe Nachkriegsperiode passgerecht maßschneidert. Horst Möller formulierte 2008: „Die politischen Konzeptionen der Besatzungsmächte, so sie denn klarere Konturen besaßen, waren so unterschiedlich, ja gegensätzlich wie die politischen Ziele innerhalb Deutschlands, als sie wieder frei geäußert werden durften.“⁶ Es hätte also nur vage Nachkriegsoptionen gegeben, und aus dieser Konstellation wäre dann sukzessive und kontinuierlich die freiheitlich-demokratische, sich von der Nazidiktatur abhebende Bundesrepublik entstanden, Zusammenbruch und Wirren überwindend, während die sowjetisch/kommunistische Politik im Osten eine illegitime Sonderentwicklung in der SBZ bewirkt habe, womit diese als „zweite deutsche Dik-

4 Siehe auch Harold Hurwitz: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946 (Demokratie und Antikommunismus in Berlin, Bd. 3), Köln 1984.

5 Aus soziologischem Blickwinkel bekräftigt diese Sichtweise Uta Gerhardt: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944-1945/1946, Frankfurt/Main 2005, S.15.

6 Horst Möller: Zwei deutsche Staaten, eine Nation? Zum nationalen Selbstverständnis in den Verfassungen der Bundesrepublik und der DDR, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S.15-33, hier S.15.

tatur“ in anrühliche Nähe zur Nazi-Diktatur gebracht wird. Die bundesdeutschen Meistererzählungen aus der Zeit nach 1989/90⁷ bewegen sich im Großen und Ganzen in einem solchen Deutungsrahmen.

Jüngste Publikationen bauen den Gedanken des frühen Gegensatzes unter den Besatzern sogar aus. Heinrich August Winkler marginalisiert im dritten Band seiner monumentalen Geschichte des Westens⁸ die Befreiungsoptionen regelrecht, der Kalte Krieg beginnt in Winklers Darstellung faktisch schon 1945; die kommunistisch-stalinistische Entwicklung der SBZ habe die Teilung Deutschlands bewirkt. Eckart Conze geht noch einen Schritt weiter und lässt in der SBZ „im Sommer 1945 die kommunistische Umgestaltung“ einsetzen. „Mit Gewalt, mit neuem Terror und neuer Unterdrückung“ erfolgte „die Errichtung einer politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung nach sowjetischem Muster.“⁹ Ganz selbstverständlich wird hier vorangegangene Forschung ignoriert, etwa Christoph Kleßmanns Weigerung, die Struktureingriffe in der SBZ einfach als erste Sowjetisierungsphase zu charakterisieren. Kleßmann hob hervor: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“¹⁰ Übergangen werden

7 Siehe z. B. Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999; Ders.: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002 u. Bonn 2002 = Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb); Konrad Jarausch: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, München 2004 (bpb); Peter Graf Kielmansegg: *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990*, München 2007; Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949-1990*, München 2008; Edgar Wolfrum: *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006 (bpb); Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000 und Bonn 2005 (bpb).

8 Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens*, Bd. 3: *Vom Kalten Krieg zum Mauerfall*, München 2014.

9 Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S.27.

10 Christoph Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 1982 (bpb), S.84.

auch Urteile wie das folgende von 1998: „Das alliierte Entnazifizierungsprogramm ‚scheiterte‘ in den Westzonen an einer Wendung der Weltgeschichte; es scheiterte nicht, weil es schlechthin undurchführbar oder evident ungerecht war. Anhand der Rechtsprechung nach Befehl 201 in der SBZ läßt sich eine Vorstellung davon gewinnen, wie deutsche Ahndung von NS-Unrecht sich im Einklang mit Geist und Wortlaut alliierter Bestimmungen hätte vollziehen können.“¹¹

Diese und ähnliche Statements gründen nicht nur auf einer abweichenden Bewertung der SBZ-Entwicklung, sondern auch darauf, dass hier implizit von einem *gesamtalliierten Deutschlandprojekt* ausgegangen wird.

Aus dem Zweiten Weltkrieg ging keine neue Vorkriegszeit und unmittelbar auch keine konfrontative Teilung der Welt hervor. Vielmehr schloss sich dem Sieg über Deutschland eine rund zwei Jahre dauernde Phase der Fortsetzung der Antihitlerkoalition an, die auf die kooperative Gestaltung der Welt und die Sicherung des Weltfriedens ausgerichtet war. Die Verwaltung Deutschlands mit ihrer koordinierten Vier-Mächte-Politik und dem Ziel einer gemeinsamen Friedensregelung für Deutschland war ein integrativer Bestandteil dieser Weltpolitik. Sie prägte – bei allen Differenzen unter den Siegermächten – die deutsche Nachkriegsentwicklung bis 1947 maßgeblich, und zwar im Sinne gemeinsam getragener Befreiungsoptionen und kooperativ betriebener Transformation. Erst die weltpolitische Wende und der Kalte Krieg führten eine erneute Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte herbei, verbunden mit der Weichenstellung zur deutschen Zweistaatlichkeit. Solcherart gestaltete sich die Dialektik der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte im Kontext der Befreiung. Aus ihr ergeben sich von der Zeitgeschichtsschreibung zu berücksichtigende Bewertungs- und Legitimationskriterien.¹²

2. Das alliierte Deutschlandprojekt: Reichweite und Grenzen der Transformationen

Die Welt war beim Übergang vom Krieg zum Frieden in außerordentlicher Bewegung. Aus der vom Faschismus verursachten Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkriegs, aus diesem tiefen Fall in die Barbarei erwachsen Antikriegsaktionen, verbunden mit Aufbruchsbestrebungen zu neuen Ufern: zu neuem Denken und Handeln, Visionen von einer Welt oh-

11 Christian Meyer-Seitz: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998, S.348.

12 Siehe Rolf Badstübner: Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Ders.: Clash. Entscheidungsjahr 1947, Berlin 2007.

ne Krieg, einer besseren Zukunft der Menschheit, die mit dem Beginn des atomaren Zeitalter dann noch bekräftigt wurden.¹³ Die inzwischen einsehbareren sowjetischen Akten¹⁴ weisen wie die schon länger bekannten angloamerikanischen¹⁵ aus, dass das durchaus konfliktbeladene Kriegsbündnis zwischen UdSSR, USA und Großbritannien 1945 doch als erfolgreich eingeschätzt wurde und dass man es auch ernsthaft als Grundlage für eine – trotz Systemgegensatz – integrative, universalistische Nachkriegsordnung zur Sicherung des Weltfriedens ansah. Trotz Interessengegensätzen, Meinungsdivergenzen und auch Misserfolgen stellte der Kooperationskurs seine Praktikierbarkeit unter Beweis: bei der UN¹⁶ und den sich herausbildenden Organisationen, bei Regelungen für die Weltwirtschaft wie dem Währungssystem von Bretton Wood (1944). Er bewährte sich bei der gemeinsamen Besetzung und Verwaltung Deutschlands und Österreichs sowie in diversen alliierten Kommissionen, im Rat der Außenminister, im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher mit dem gemeinsamen Vorstoß zur Weiterentwicklung des Völkerrechts¹⁷ und schließlich auch Anfang 1947 bei den Friedensverträgen mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn. Solche Regelungen mit Deutschland und Österreich schienen greifbar nahe.

Insgesamt hob sich damit die frühe Nachkriegsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg doch recht positiv von der nach dem Ende des Ersten

13 Siehe u. a. Mark Mazower: *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München 2013.

14 Siehe vor allem *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Bde. 1-4, bearb. u. hrsg. von Jochen P. Laufer u. Georgij P. Kynin, Berlin 2004-2012; Jochen Laufer: *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945*, Köln-Weimar-Wien 2009; *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente*, hrsg. u. eingel. von Jan Foitzik, München 2012; Jan Foitzik (Hrsg.): *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltungen in der SBZ und frühen DDR. Dokumente*, München 2015.

15 Siehe die einschlägigen Record Groups im National Archive Washington (vor allem RG 43, 59, 218, 260), die Microfiches der OMGUS-Akten im Bundesarchiv (BArch), Z45F, sowie die Überlieferungen im Public Record Office London, vor allem FO 934ff. und CAB 21.

16 „Allerdings, die Kolonialvölker waren enttäuscht von der UNO-Charta, die ihre Anliegen übergibt. Aus Kanada, Australien und anderen Nationen kam massive Kritik an der undemokratischen Struktur der neuen Weltorganisation, dem Mangel an Repräsentation. Aber die Großmächte hielten zusammen.“ Mazower, *Welt*, S.221.

17 Siehe u. a. Annette Weinke: *Die Nürnberger Prozesse*, München 2006; Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004; Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.): *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013.

Weltkrieges ab. Der Übergang zum Frieden stand 1945 deutlich im Zeichen einer energisch fortgesetzten Kooperation. Das spiegelte sich auch in den Erwartungen weltweit wider. Da die britischen Wähler den Eindruck gewonnen hatten, dass ihr Kriegsheld Churchill nicht der Garant für eine Fortsetzung dieser Politik war,¹⁸ und weil sie außerdem den Vorkriegszustand nicht zurückwünschten, wählten sie ihn einfach ab. Und laut einer Umfrage von Ende 1945 „befürworteten 54 Prozent der Amerikaner die Vereinten Nationen als ‚Weltregierung mit der Befugnis zur Kontrolle der Streitkräfte aller Nationen, einschließlich der USA‘ [...]. Sogar erstaunlich viele US-Militärs waren der Ansicht, dass die Atombombe geächtet oder irgendeiner Form der internationalen Aufsicht unterstellt werden müsse.“¹⁹

Im Zeitraum von der Moskauer Außenministerkonferenz Ende 1943 bis zur Gipfelkonferenz der Großen Drei in Potsdam (Juli/August 1945) nahm ein alliiertes Deutschlandprojekt Gestalt an, in dem harte Sanktionen einschließlich territorialer Amputationen und Umgestaltungs- und Umerziehungsforderungen gegenüber den Deutschen mit der Gewährung von Überlebenschancen und Zukunftsperspektiven im Kreise der Vereinten Nationen verknüpft waren. In der Sicht auf Nationalsozialismus und deutsche Frage waren echte Annäherungen erfolgt, die auch einvernehmliche Schlussfolgerungen darüber ermöglichten, was zu tun sei, um das gemeinsame Hauptziel zu erreichen: die Aggressoren zu bestrafen, Wiedergutmachungen festzulegen sowie Möglichkeiten erneuter Aggressionen einzudämmen.

Wie in den sowjetischen Planungen von Anfang an, hatte sich auch in den angloamerikanischen Deutschlandplanungen bei Kriegsende eine nicht so sehr politisch-ideologisch, als vielmehr gesellschaftspolitisch ausgerichtete Sicht auf den Nationalsozialismus und den preußisch-deutschen Militarismus durchgesetzt. Die britische Labour Party verankerte etwa in ihrem außenpolitischen Programm vom Dezember 1944 die Forderungen gegenüber Deutschland, die Macht der Junker, der Militärkaste und der Schwerindustrie auch mit Sozialisierungsmaßnahmen zu brechen. Mit Franz Neumann vermochte ein führender Kopf der „Frankfurter Schule“ sein Werk *Behemoth*²⁰, eine von marxistischen Denkansätzen

18 „Ruhige Nächte dank der Roten Armee“ hieß es in den letzten Kriegsjahren in London. Erstaunlich, wie schnell Stalin dieses Ansehen wieder verspielte.

19 Erich Schlosser: *Command and Control. Die Atomwaffenarsenale der USA und die Illusion der Sicherheit*, München 2013, S.94.

20 Siehe Franz L. Neumann: *Behemoth. The structure and practice of National Socialism*, London 1941.

geprägte Faschismusanalyse,²¹ in die US-Deutschlandplanungen einzubringen. Aus Neumanns Analyse des Nationalsozialismus als Herrschaftskartell aus Wehrmacht, hoher Bürokratie, Monopolwirtschaft und Nazi-Partei mit charismatischem Führer ergaben sich entscheidende Schlussfolgerungen darüber, was getan werden musste, um den Faschismus zu überwinden und dauerhaft zu beseitigen. Diese Sicht fand in hohem Maße im alliierten Deutschlandprojekt ihren Niederschlag, insbesondere auch in den Anklagen bei den Nürnberger Prozessen. So stellte Ankläger Robert Kempner fest, dass „weite Teile der ‚alten‘ Funktionseleiten durch ihre willige Mitarbeit den Krieg und die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen überhaupt erst ermöglicht hatten: Ohne ihre Verwaltung und deren Umsetzung und ohne die Direktiven und Anweisungen, die sie entwarfen, hätte kein Hitler und kein Göring Angriffskriege planen und führen können, kein Himmler hätte 6.000.000 Juden und andere Opfer der nationalsozialistischen Aggression und Ideologie auslöschen können.“²²

Das alliierte Deutschlandprojekt von Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Demonopolisierung, Demontagen, aber auch Enteignungen, Elitenwechsel und Umerziehung hatte also durchaus deutliche Konturen und beinhaltete weit gesteckte Ziele. Es war darauf gerichtet, mittels der Gewalt der Besatzungsmächte, also „von oben“ und in einem längeren Transformationsprozess, unterstützt durch deutsche Auftragsverwaltungen, zum Erfolg zu gelangen. Der linksliberale Rechts- und Staatswissenschaftler John Herz, der zur Neumanngruppe gehörte, hob in diesem Zusammenhang eine „dritte Richtung“ hervor, die vielleicht sogar damals vorherrschend war, „bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen. Sie [...] glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können – ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Op-

lism 1933-1944, Toronto-New York-London 1942; dt. Ausgabe: Ders.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, hrsg. und Nachwort von Gert Schäfer, Köln u. a. 1977.

21 Sie wurde von der auf die vereinfachte Dimitroff-Formel fixierten kommunistischen Weltbewegung und auch in der DDR nicht rezipiert. In der Bundesrepublik wurde sie weitgehend verdrängt, bis sie in den 1990er-Jahren wieder Erwähnung fand.

22 Aus der Anklage im Wilhelmstraßenprozess, zit. nach: Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S.391f.

tionen vorläufig offen lassen würde.“²³ Herz hatte völlig Recht. Nur wenn man vom Vorherrschen dieser Denkrichtung ausgeht, kann man die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition im Sinne von systemüberbrückenden Kompromissen richtig interpretieren und überhaupt verstehen, wie eine Art Grundkonsens über die Besetzungsziele hinsichtlich gesellschaftspolitischer Umgestaltungen in Verbindung mit Demokratisierung bei einem Projekt zustande kam, für das beide Seiten – Westalliierte und Sowjetunion – über ihren systempolitisch definierten Schatten springen mussten. Das gelang zeitweilig durchaus, später aber immer weniger. Beides muss historiografisch berücksichtigt werden.

Gegner oder Kritiker eines gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes befanden sich in den Regierungen in Washington und London sowie in den Militärverwaltungen zunächst eindeutig in der Defensive. So betonte der Stellvertreter des US-Militär-Gouverneurs Lucius D. Clay in einer Unterredung mit dem Stellvertretenden Obersten Befehlshaber und Vizechef der SMAD Vasilij D. Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.²⁴ Da die amerikanischen Deutschlandplanungen der sowjetischen Sicht auf den Faschismus recht nahe kamen, hatte Stalin in der deutschen Frage zunächst keine Probleme, sich ein- und anzupassen. Er unterstützte den von ihm als vorteilhaft eingeschätzten Kurs auf die Nachkriegskooperation, was in den bisher erschlossenen Papieren sowjetischer Nachkriegsplanungen deutlich nachzuweisen ist.²⁵ Das erklärt auch, dass er in so hohem Maße britischen und amerikanischen Initiativen in der Beratenden Europäischen Kommission, im Rat der Außenminister und im Alliierten Kontrollrat zustimmte bzw. zustimmen ließ. Echte Probleme und Differenzen gegenüber den Westmächten ergaben sich allerdings aus den mit sowjetischen Reparationsansprüchen zusammenhängenden Fragen zur deutschen Wirtschaftseinheit sowie daraus, ob Deutschland als Staatenbund, Bundesstaat oder Zentralstaat wiederhergestellt werden sollte. Stalin versteifte sich auf die Idee des Zentralstaats, stand aber damit allein.

23 Zit. nach: Alfons Söllner (Hrsg.): *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*. Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946-1949*, Frankfurt/Main 1986, S.37.

24 Siehe *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 2, S.127.

25 Jochen Laufer konstatiert: „Keines von den bisher im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation zugänglichen Dokumenten und keines aller übrigen (herangezogenen) Dokumente [...] deutet auf die aggressive Absicht Stalins hin, die Westmächte aus Deutschland zu vertreiben.“ *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 3, S.LXXXIII.

Die bisherige Erschließung sowjetischer Akten lässt bei allen Erkenntnisfortschritten immer noch vieles ungeklärt. Letzte Gewissheit über Stalins Motivationen, Taktiken und Zielvorstellungen dürfte sowieso nicht zu erlangen sein. So bleibt die Einschätzung der sowjetischen Politik in und gegenüber Deutschland weiter umstritten.²⁶ Für die zumindest in den ersten Jahren starke Motivation für einen Verständigungskurs gegenüber den Westalliierten ist zunächst schon Stalins Einflussnahme auf die deutschen Kommunisten ein wichtiges Indiz. Er drängte auf einen gemäßigten, konzilianten Aufruf der KPD (11. Juni 1945) ohne jeglichen Sozialismusbezug. Das könnte sogar als überzogene Anpassung gesehen werden, da in den Westzonen zugelassene Parteien – ausgenommen die liberalen Strömungen – zur gleichen Zeit eine mit prosozialistischen Forderungen und Perspektiven verbundene Ächtung bzw. historische Verurteilung des Großkapitals vornahm. Auf seinem 1. Parteitag im Mai 1946 erklärte der westzonal agierende Teil der SPD in programmatischen „Leitsätzen“²⁷ einen demokratischen Sozialismus zur „Tagesaufgabe“. Der habe mit der Sozialisierung der Grund- und Schlüsselindustrien und der sofortigen Einleitung einer grundlegenden „Agrar- und Bodenreform [...] unter Enteignung der Großgrundbesitzer“ zu beginnen. Es hieß außerdem, dass Demokratie den Sozialismus erfordere und dieser wiederum die Demokratie. Und auch die neuen christlich-demokratischen Sammelparteien orientierten sich mehr oder weniger stark an einem christlichen Sozialismus, der, wie im Kölner Gründungsaufwurf²⁸ und in den „Frankfurter Leitsätzen“²⁹ festgehalten, das Ziel der Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien sowie Großbanken in Gemeineigentum einschloss.³⁰ Dies wurde sei-

26 In der Einleitung zu Bd. 4 seiner Dokumentation verfolgt Laufer das Konzept, das er schon in den Bden. 2 und 3 als Interpretationsmodell für die sowjetische Deutschlandplanung vorgestellt hatte. Danach habe die UdSSR auf eine stringente Eigenentwicklung der SBZ in Richtung Oststaat und Volksdemokratie bzw. Sozialismus hingewirkt – bei bloß propagandistischer Einheitsdrapierung. Der russische Historiker Filitov hebt demgegenüber hervor, die im Bd. vorgestellten Dokumente würden bestätigen, dass es im sowjetischen Herangehen an die deutsche Frage zwei Optionen gegeben hat. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 4, S.XCL.

27 Abgedruckt in: Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, München 1982, S.227-233.

28 Abgedruckt im Buch des Mitverfassers Leo Schwing: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, S.215-217.

29 Abgedruckt in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, (1) 1950, S.230-232.

30 In den „Informationen für politische Bildung“ Nr. 259: Deutschland 1945-1949, überarb. Neuauflage 2005, S.13, sind als Gründungsdokument die „Düsseldorfer Leitsätze“ von

tens der Ostzone flankiert durch den CDU-Parteivorsitzenden Jakob Kaiser, der sich – ausgehend von der Überzeugung, dass das „bürgerliche Zeitalter“ zu Ende sei – mit Blick auf ganz Deutschland für einen christlichen Sozialismus als Brücke zwischen Ost und West aussprach.³¹

In den Westzonen schien es, als würde diese Vorstellung in der CDU obsiegen; in den Frankfurter Heften verfügte sie mit Walter Dirks und Eugen Kogon über wirkungsmächtige Verfechter. Noch 1947 fand sich in der Präambel des Ahlener Programms eine Verurteilung des Kapitalismus. Das Programm wurde unter der Überschrift „Sozialisierung im Sinne der CDU“ veröffentlicht,³² mit diesen Forderungen gewann die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) hieß es: „Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt besonders für die Neuordnung unserer Wirtschaft [...] Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinschaft überführt werden. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen [...], Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet“³³

Als Stalin Anfang 1946 die Gründung der SED „absegnete“, orientierte er – bei prononciertem Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Russland der Oktoberrevolution – auf die unbedingt zu berücksichtigenden „parl. Traditionen“ und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit „auf demokrat. Weg – zur Arbeitermacht – nicht Diktatur“ zu gelangen.³⁴ Dieser auf Konsensbildung zwi-

1949 abgedruckt.

31 Siehe Jakob Kaiser: *Wir haben Brücke zu sein. Reden und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, hrsg. von Christian Hacke, Köln 1988.

32 Siehe Rheinische Post, 8.3.1947.

33 Landtag NRW: Erste Wahlperiode. Stenogr. Bericht von der 6. Sitzung am 17.6.1947, S.11f.

34 Aufzeichnung Piecks über den Bericht Ulbrichts, der sich vom 28.1. bis zum 6.2.1946 in Moskau aufgehalten hatte. An der Beratung im Politbüro der KPdSU nahm höchstwahrscheinlich Stalin selbst teil. Zit. nach: Rolf Badstübner/Siegfried Loth (Hrsg.): *Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994, S.68.

schen Kommunisten und Sozialdemokraten gerichtete Blick war für die Vereinigung³⁵ von entscheidender Bedeutung, Anton Ackermann hatte ihn im Februar 1946 im Auftrage der KPD-Führung zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ ausgebaut. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann – nun allerdings schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats auf die spezifisch russischen Bedingungen zurückführte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien. Ansatzweise brachte Ackermann u. a. auch schon Korrekturen am sowjetisch geprägten Sozialismusbild in die Diskussion ein.³⁶ Die im April 1946 gegründete SED definierte als Gegenwartsziel eine „antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik“ mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten und bekannte sich zu einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“. Wie die weitere Entwicklung zeigte, waren stalinistische Sozialismuskonzeptionen damit keineswegs überwunden. Aber immerhin eröffnete das Festhalten an der unmittelbaren Aufgabe, eine antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik zu errichten, die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Verständigung.

Der Zeitraum, in dem die Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands einigermaßen funktionierte und Fortschritte in der koordinierten Umsetzung des alliierten Deutschlandprojektes erreicht wurden, dauerte von der bedingungslosen Kapitulation bis zur Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947. Der Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister von Ende 1946³⁷ belegt das. Die Zusammenarbeit war geprägt von

35 Es war keineswegs eine bloße Zwangsvereinigung, denn die Befürworter überwogen. Zweifellos wurde zu viel Druck und sowjetischer Zwang auf die Einheitsgegner und die Unentschlossenen ausgeübt, was das Ansehen der östlichen Besatzungsmacht weiter schmälerte. Deutschlandpolitisch war die Vereinigung auf nur zentraler Ebene sogar kontraproduktiv. Das erkannte auch Stalin post festum, als er im Januar 1947 eine Wiederzulassung der SPD in der SBZ ankündigte, die sich aber nicht mehr realisieren ließ.

36 Siehe Evemarie Badstübner: Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/Main-New York 1997, S.293-311.

37 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand, BAArch, Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Von der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung wurde und wird dieser Bericht weitgehend ignoriert.

einer zügigen und arbeitsintensiven ordnungspolitischen Arbeit des Alliierten Kontrollrates³⁸ – drei Proklamationen, vier Befehle, 43 Gesetze und 45 Direktiven bis Ende November 1946³⁹ – und der Militärregierungen bzw. -verwaltungen in den Zonen. Trotz schwierigster Probleme erbrachte sie bemerkenswerte Ergebnisse:⁴⁰

In allen Besatzungszonen wurde ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt. Schuldige wurden in beträchtlicher Zahl angeklagt und verurteilt. Zunächst schritt auch in allen Besatzungszonen eine mehr oder weniger umfassende und konsequente Entnazifizierung und „Säuberung“ voran. In der SBZ, wo Antifaschisten in leitende Positionen gelangten und das Berufsbeamtentum als solches „aufgehoben“ wurde, erfolgte mit der Entnazifizierung auch ein Elitenwechsel in Verwaltungen, Schulen und Gerichten. In allen Zonen wurden intensive Anstrengungen unternommen, die Rassenideologie und andere geistige Erscheinungsformen von Nazismus und Militarismus zu überwinden. Das geistig-kulturelle Leben stand deutlich im Zeichen von „Neuanfang“ und „Anderswerden“. Abermals waren die Veränderungen in der SBZ konsequenter: Mit einer demokratischen Schulreform, die an schulreformerische Bestrebungen in der Weimarer Republik anknüpfte, wurde in der SBZ eine zukunftsweisende Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens eingeleitet. In den Westzonen traten zwar ebenfalls vielfältige schulreformerische Bestrebungen hervor, doch kamen sie weniger zum Zuge als in der SBZ. Mit der Bodenreform in der SBZ begannen Veränderungen auch in den gesellschaftlichen Grundlagen. Ihr lag zwar ein grobschlächtiges sowjetisches Konzept zugrunde, nichtsdestotrotz wurden die mit der Bodenreform⁴¹ angestrebten wichtigsten sicherheitspolitischen Ziele und die Eingliederung von aus den nicht mehr zu Deutschland gehörenden Gebieten umgesiedelten Bauern erreicht.⁴² Die britische Militärregierung leitete dem Foreign Office Mitte 1946 ein Memorandum

38 Siehe Gunther Mai: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948*, München 1995.

39 Siehe *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland*, S.1-250.

40 Keine Fortschritte gab es allerdings infolge der französischen Blockade hinsichtlich gesamtdeutscher Regelungen. Bei der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit lösten die sowjetischen Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion Streit aus.

41 Um nicht den Eindruck von „Kollektivierung“ bei den Westalliierten aufkommen zu lassen, ließ Stalin genossenschaftliche Bestrebungen bei den Neubauern unterbinden.

42 Siehe Arnd Bauerkämper (Hrsg.): *„Junkerland in Bauernhand“?*, Stuttgart 1996.

zur Bodenreform in der SBZ zu, in dem es am Ende hieß: „Auch wenn man die unökonomischen Methoden der administrativen Durchführung der Reform verurteilt, die nicht nur Ostdeutschland tangiert haben, sondern auch unsere eigene Aufgabe, Deutschland zu ernähren, erschweren, muß die Landreform als eine lebenswichtige und notwendige Maßnahme anerkannt werden. Sie war längst überfällig, und wir brauchen keine Tränen für die junkerlichen Landeigentümer, die enteignet wurden, zu vergießen. Historisch betrachtet, verdienen sie ihr Schicksal, und Europa wird sich durch ihre Eliminierung besser fühlen.“⁴³

Der im Alliierten Kontrollrat am 7. Oktober 1945 eingebrachte amerikanische Gesetzentwurf „Zur Demilitarisierung und zur endgültigen Ausschaltung des Einflusses der Junker und der nazistischen Großgrundbesitzer auf Staatsangelegenheiten“ zielte in die gleiche Richtung.⁴⁴ Es sei an der Zeit, „nun die großen Güter in der britischen Zone aufzuteilen“, teilte am 17. November 1945 – in Abstimmung mit dem Foreign Office – auch das Kontrollamt in London der britischen Kontrollkommission in Deutschland mit.⁴⁵ Und schließlich bekräftigte der Rat der Außenminister auf seiner Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947 das Ziel, bis Jahresende in allen Besatzungszonen Bodenreformen durchzuführen.⁴⁶

Der erwähnte Kontrollratsbericht konnte auch umfangreiche Aktivitäten zur Demonopolisierung und Entmachtung der deutschen Wirtschaftseliten in Industrie- und Bankwesen und zur Beseitigung des deutschen Rüstungspotenzials ausweisen. In allen Besatzungszonen hatten die Besatzungsmächte nicht nur das Vermögen des Nazi-Staates und der Nazi-Organisationen, sondern auch das von Großbanken und Konzernen beschlagnahmt und unter ihre Kontrolle gestellt,⁴⁷ der Alliierte Kontrollrat das des I.G. Farbenkonzerns. Parallel dazu wurde eine einvernehmli-

43 Vom politischen Berater Strang an das Foreign Office, 5.6.1946. Memorandum ‚Landreform in Ostdeutschland‘ von Oberstlt. Heman von der Pol. Div. CCG, PRO FO 371/55575/C 6498 (Übersetzung - R. B.).

44 Siehe Mai, Kontrollrat, S.252.

45 PRO, FO 371/55575/C 1879 (Übers. R.B.). Es widerrief dies jedoch wenig später mit ernährungspolitischen Argumenten.

46 Siehe Europa-Archiv, Zweites Jahr, Juli-Dezember 1947, Oberursel (Taunus), S.736.

47 Schon am 18.9.1944 wurde im von Amerikanern und Briten besetzten Gebiet das Gesetz Nr. 52 über die „Sperrung und Kontrolle von Vermögen“ erlassen, dem besondere Verfügungen über die Beschlagnahme von Großbanken, Konzernen und in ganzen Wirtschaftszweigen folgten. Dem schloss sich die französische Besatzungsmacht an. Die SMAD erließ Ende Oktober 1945, nachdem sie die Großbanken aufgelöst hatte, mit Gesetz Nr. 52 fast wörtlich übereinstimmende Sequestrierungsbefehle.

che Regelung zur Beseitigung von Monopolvereinigungen vorbereitet.⁴⁸ In der Kontrollrats-Arbeitsgruppe Dekartellisierung kam ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf über das Verbot „Übermäßiger Konzentration deutscher Wirtschaftskraft“ zustande.⁴⁹

Die westlichen Besatzungsmächte gingen dazu über, Konzerne zu entflechten, wobei die Entflechtung eine spätere Enteignung nicht ausschließen sollte. Man begann mit der Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt. Der britische Außenminister Bevin kündigte im Oktober 1946 im Unterhaus die Absicht der Labour-Regierung an, den deutschen Ruhrbergbau zu sozialisieren.

Die SMAD wählte demgegenüber den Weg der Sequestrierung von Betrieben mutmaßlicher Nazi- und Kriegsverbrecher, deren Enteignung in einem Volksentscheid in Sachsen beschlossen und nachträglich von gewählten deutschen Landesparlamenten bekräftigt wurde. Die enteigneten Industriebetriebe umfassten gemeinsam mit den Betrieben der als Wiedergutmachungsleistung geschaffenen sowjetischen Aktiengesellschaften den ausschlaggebenden Teil der industriellen Großproduktion, erstreckten sich aber weit darüber hinaus. Größere Betriebe wurden zunächst in Landeseigentum überführt. So entstand in der SBZ eine Mehrsektorenwirtschaft. Damit wurde aber kein Sonderweg beschritten, denn Sozialisierung war durchaus kein Spezifikum sowjetzonaler Pläne. Auch die am 1. Dezember 1946 in Kraft getretene hessische Verfassung wies Ähnliches aus. In einer gesonderten Abstimmung votierten 72 Prozent der hessischen Wähler für Artikel 41 und damit für eine Sofortsozialisierung. Auch diese Verfassung mit dem Bodenreformartikel 42 war stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die deutlich über „Weimar hinaus“ wiesen. Hier war ein „Dritter Weg“ in eine solidarische Gesellschaft avisiert.

Es ergaben sich also zahlreiche Berührungspunkte zu den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder der SBZ. In den Ländern der britischen Zone, die zunächst keine Verfassungen ausarbeiteten, wurden in den Landtagen Sozialisierungsinitiativen eingebracht, die Erfolg versprachen. Die deutschen Gewerkschaften verabschiedeten auf ihrer IV. Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen Anfang Mai 1947 eine gemeinsame Resolution „Zur Neugestaltung der Wirtschaft“ auf der Grundlage von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung. Mit dem Pro-

48 Siehe Mai, Kontrollrat, S.231-247.

49 BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

teststreik der Ruhrbergarbeiter gegen Hunger und Not, an dem sich am 3. April 1947 334.000 Ruhrkumpel beteiligten, bekräftigten diese zugleich ihre Forderung, „Gruben in des Volkes Hand“.⁵⁰

Die Behauptung Edgar Wolfrums, nach den Enteignungen in Sachsen 1946 sei „alles, was auch nur im entferntesten nach Sozialisierung roch, im Westen diskreditiert“ gewesen,⁵¹ entbehrt also jeglicher Grundlage.

Vielmehr waren auch in den Westzonen im Kontext alliierter Befreiungsoptionen Transformationen angestoßen worden, die gesellschaftspolitisch keineswegs in jene Richtung wiesen, die ab 1949/50 die Gesellschaftsentwicklung der frühen Bundesrepublik ausmachte. Zweifelsfrei kann man außerdem mit Blick auf alle vier Besatzungszonen feststellen, dass es 1946/47 in der öffentlichen Meinung eine klare mehrheitliche deutsche Option für die Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien in gemeinschaftliches Eigentum und insbesondere für die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher gab. Darüber hinaus fanden Bodenreformen zulasten des Großgrundbesitzes Anklang; im Rahmen geplanter oder gelenkter Wirtschaft sollten diese sich an den Bedürfnissen des Volkes ausrichten.

Damit wurde faktisch für das angestrebte einheitliche entmilitarisierte Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil präjudiziert, das nicht nur „über Weimar“, sondern ansatzweise „über den Kapitalismus hinaus“ wies. Das war zwar nicht gesellschaftlich ausgehandelt, aber von politisierten Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft stark gewollt und in dieser antimonopolistischen Ausrichtung von allen Siegermächten, zumindest anfangs, unterstützt. Und das bedeutete zugleich, dass – bei allen spezifischen Modifikationen – die Übergangsgesellschaften in den einzelnen Besatzungszonen und Ländern miteinander kompatibel waren, womit die Realisierungschancen für die Konstituierung eines einheitlichen deutschen Nachkriegsstaates noch 1946/47 doch als sehr hoch einzuschätzen sind. Die Besonderheiten der Zonenentwicklungen sollten hier nicht übersehen werden,⁵² aber sie schienen damals überbrückbar und waren es faktisch auch.

Grundsätzlich erfolgte auch die Entwicklung der SBZ bis zum kalten Krieg eindeutig im Rahmen des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes und gesellschaftspolitischer deutscher Optionen, die sich dann al-

50 Siehe Volks-Echo für Westfalen und Lippe, 5.4.1947.

51 Wolfrum, Demokratie, S.36.

52 Das weitestgehende Spezifikum war wohl der Parteienblock in der Ostzone, der aber zunächst die Eigenständigkeit der Parteien nur einschränkte, nicht aufhob.

lerdings in den Westzonen doch nicht durchsetzen konnten. Dies der Ostzone anzulasten und die konsequente Fortsetzung des ursprünglich mehrheitsfähigen Neubeginns zu einem demokratiefeindlichen Sonderweg abzuwerten, hieße, die Fakten auf den Kopf zu stellen. Mit dem Dokument „Grundrechte des deutschen Volkes“ (September 1946)⁵³ und dem Entwurf einer „Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ (November 1946)⁵⁴ entwickelte die SED im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 wichtige, auf die Herstellung der Einheit Deutschlands gerichtete Initiativen. Aber alle Bemühungen um eine zonenübergreifende nationale deutsche Repräsentation auf dieser Tagung konnten von energischen Verfechtern einer Weststaatlösung wie Konrad Adenauer blockiert werden.

3. Die Wende in der Weltpolitik und die katastrophalen Auswirkungen des Kalten Krieges

Die mit der Truman-Doktrin vom 11. März 1947 provozierte scharfe Konfrontation wurde Ende September 1947 in Szklarska Poręba (Polen) mit Żdanovs Rede „angenommen“ und erwidert: Der sowjetische Politiker schrieb nun die Teilung der Welt in zwei Lager fest. Der Phase der Kooperation und der Bemühungen um Verständigung folgte die erbitterte und friedensbedrohende Konfrontation des Kalten Krieges.⁵⁵

Wenngleich auf dessen Zustandekommen hier nicht weiter eingegangen werden kann und lediglich vor einseitiger Schuldzuweisung gewarnt sei, so soll doch auf die Folgen hingewiesen werden. Die hoffnungsvolle kooperative Gestaltung der „One World“ wurde extremem Lagerdenken geopfert, und auch das alliierte Deutschlandprojekt wurde zu Grabe getragen. Damit entschwand die Möglichkeit, „dritte Wege“ zu testen. Nunmehr verzichteten die westlichen Besatzungsmächte wie auch die östliche Besatzungsmacht auf Kompromisse und agierten primär nach Systemlogik und eigenen Machtinteressen.

53 Siehe Grundrechte des deutschen Volkes, 19.9.1946, in: Dokumente der SED, hrsg. vom Parteivorstand der SED, Bd. 1, Berlin 1952, S.91-97.

54 Siehe ebenda, S.114-137.

55 Zum Kalten Krieg siehe vor allem Bernd Stöver: Der kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007; John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2008; Bernd Greiner (Hrsg.): Studien zum Kalten Krieg, Bde. 1 bis 7, Hamburg 2006-2013; Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995.

Der Kalte Krieg bewirkte einen Bruch in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte, veränderte bisherige Perspektiven, reduzierte vielgestaltige Entwicklungsstränge. Nicht wenige in den Westzonen deuteten diesen Bruch mit „Jalta und Potsdam“ freilich anders und sprachen vom Silberstreif am Horizont. Zunehmend erlangten sie die Meinungsführerschaft. Die mit der Kalten-Kriegs-Hysterie massiv verbreitete Furcht vor „sowjetischer Aggression“ bzw. vor „dem Kommunismus“ verband sich äußerst wirksam mit den vom Marshallplan genährten Hoffnungen auf baldige Verbesserungen der Lebensverhältnisse. Diese erschienen vielen Westdeutschen jetzt wichtiger als die Sozialisierung und andere Umgestaltungen. Die Mehrheit der Deutschen handelte weniger nach Überzeugung als nach Stimmung – und die war beeinflussbar und konnte sich rasch ändern. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges geschah dies auf geradezu dramatische Weise.⁵⁶ Die Westdeutschen wandten sich mehrheitlich der Weststaatsregelung als „zweitbesten“, aber vermeintlich einzig gangbarer Lösung zu. Auf der politischen Ebene bewies das insbesondere das der ostdeutschen Seite angelastete Scheitern der Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten von Anfang Juni 1947.⁵⁷

Es zeigte sich, dass die Furcht der Westalliierten vor einer (west)deutschen Protestbewegung gegen die Teilung Deutschlands, auf die auch Stalin mit seiner Losung der Einheit Deutschlands setzte, gegenstandslos war. Schon im Vorfeld von München hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die „nationale Repräsentationspolitik“ endgültig abgelehnt⁵⁸ und eine Weststaatsbildung, verbunden mit einer längerfristigen Magnet-Wirkung Richtung SBZ, zur einzig möglichen deutschlandpolitischen Strategie erklärt.⁵⁹ Das Gros der westzonalen Politiker konzentrierte sich nunmehr voll auf die Mitwirkung an dem von den Westalliierten betriebenen Ausbau der Bizone zur Trizone und dann weiter zum Westzonenstaat. Man kaschierte das freilich zunächst noch mit Einheitsbekundungen, da

56 Siehe Harold Hurwitz: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn der konservativen Politik (Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1), Köln 1983, S.137-214.

57 Siehe Badstübner, *Clash*, S.77-87; siehe auch die scharfe Kritik an der Haltung der westzonalen Ministerpräsidenten bei Rolf Steiniger: *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in 4 Bden.*, Frankfurt/Main 2002, S.313-315.

58 Siehe Kurt Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982, S.106.

59 Rede vom 31.5.1947, zit. nach: *Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit*, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S.26.

man Angst davor hatte, mit dem „Odium des nationalen Verrats“⁶⁰ belastet zu werden. Deshalb durfte der separatistische Vorgang, der die Weststaatsgründung war, keiner sein. In der Grundsatzdebatte auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee entwickelte Carlo Schmid (SPD) dazu 1948 folgende verfassungs- und staatstheoretische Positionen: „Das deutsche Volk, verkörpert in den deutschen Ländern des Weststaatsgebiets, erklärt, daß es in der Zeit, in der Mittel- und Ostdeutschland außerstande sind, sich auch nur relativ frei zu entscheiden, treuhänderisch für das gesamte deutsche Volk die Aufgabe übernimmt, die deutsche Bundesrepublik zunächst im Westen aufzurichten, dies aber ausdrücklich mit dem Anspruch auf Repräsentanz Gesamtdeutschlands. Das wäre also nicht ein Weststaat, sondern ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren, und dessen oberste Organe sich für befugt halten, zum mindesten eine legale Autorität auf dem gesamtdeutschen Staatsgebiet zu besitzen. Auch hier lohnt es sich, die Folgen einer solchen Lösung kurz zu überblicken. Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Demgemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.“⁶¹ Damit waren eine „Kernstaats“position und ein Alleinvertretungsanspruch begründet, und zwar für ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Hiervon ließ sich der Parlamentarische Rat leiten.

Über das Vehikel Marshallplan formierte sich seit Sommer 1947 der Westblock unter Hegemonie der USA. Der militärisch-industrielle Komplex gab in ihm den Ton an. Mit der Direktive JCS 1779 erfolgte im Juli 1947 eine völlige Neubestimmung der US-amerikanischen Deutschland- und Besatzungspolitik.⁶² Demgemäß gab US-Militärgouverneur Lucius D. Clay am 14. August 1947 in einer Pressekonferenz bekannt, dass jeder Sozialisierungsbeschluss in den Westzonen für die Dauer von fünf Jahren ausgesetzt werde.⁶³ Den (West)Deutschen sollten nunmehr die Vor-

60 Siehe Ministerpräsident Reinhold Maier: *Erinnerungen 1948-1953*, Tübingen 1956, S.407.

61 Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. Unterausschuss I: Grundsatzfragen, Bd. 1, BAArch, Z 12, Nr. 26, Bl. 4f.

62 Siehe *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S.33-45.

63 Siehe *Neue Ruhrzeitung* (Essen), 16.8.1947. Das vom Landtag Nordrhein-Westfalen am 6. August 1948 noch verabschiedete Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrbergbaus wurde von der britischen Militärregierung suspendiert.

züge kapitalistischer Marktwirtschaft und westlicher Demokratie nahegebracht werden, durch „Westernisierung“ und Einbindung. Über ein Besatzungsstatut wollten die Westmächte eine Kontrolle ausüben, mit der man der „deutschen Gefahr“ auf völlig andere Art zu begegnen gedachte. Vor dem Hintergrund eines drastisch veränderten Freund-Feind-Verhältnisses traten an die Stelle eines Elitenwechsels in Deutschland eine „Reorientierung“ und ein „Umkehren“ der traditionellen deutschen Eliten. Denn die wurden nun im Kalten Krieg gegen den Ostblock gebraucht. Zwar gelangte die Entflechtung der Großindustrie noch zum Abschluss, aber eine nachhaltige Wirkung blieb aus, denn die Eigentumsverhältnisse blieben weitgehend unangetastet und neue Verflechtungen ließen nicht lange auf sich warten. Auch die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen NS-Verbrecher wurden noch durchgeführt, aber den nunmehr nachsichtig Verurteilten winkten baldige Begnadigungen. Bodenreformpläne verkümmerten zu bloßen Siedlungsprogrammen. Das Beamtentum blieb unangetastet, die Reeducationpolitik versandete bzw. wurde umfunktioniert zur „antikommunistischen Erziehung“. Die Entnazifizierung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik blieb auf halbem Wege stecken und diskreditierte sich selbst durch zügige Wiedereinstellungen verantwortlicher NS-Täter. Mit der Gründung der Bundesrepublik bekam die Regenerierung kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse in einer Neuordnung als soziale Marktwirtschaft und in Gestalt eines „rheinischen Kapitalismus“ ihren staatlichen Rahmen, der auch den in der SBZ beseitigten Kriegsverbrecherkonzernen Raum und Schutz bot und begnadigte Konzernherren wie Friedrich Flick erneut in die Wirtschaftsverantwortung rief.

Die schuldbeladenen Nazi-Funktionselementen erhielten flächendeckend ihre zweite Chance.⁶⁴ Das „Straffreiheitsgesetz“ von 1949 und das „131er“-Gesetz von 1950 schützten vor Strafverfolgung und ermöglichten die Rückkehr der zuvor entlassenen, NS-belasteten Angestellten des öffentlichen Dienstes und Wehrmachtsbeamten. Sie wurden in der Bundesrepublik nicht nur integriert, sondern rehabilitiert und außerdem für das „erlittene Unrecht“ entschädigt. Durchgesetzt wurde solche Rechtsprechung von Richtern und Justizangestellten der Nazizeit, die mehrheitlich in Amt und Würden blieben. Insbesondere solche, die in die terroristischen „Endphasenverbrechen“⁶⁵ verwickelt waren, prägten die frühe Justiz der

64 Siehe Norbert Frei: *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/Main-New York 2002.

65 Siehe Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg): *Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 2006.

Bundesrepublik. Der Aufbau des Bundeskriminalamtes vollzog sich sogar unter der Regie ehemaliger SS-Führer. Bei alledem ging es nicht nur um Kontinuität und Integration fähiger Bürokraten, sondern vor allem auch um die Rehabilitierung von Tätern, die Freisprechung von Nazi- und Kriegsverbrechern und um unterlassene Strafverfolgung im großen Ausmaß. Soweit es überhaupt noch zu Anklageerhebungen und Verurteilungen kam, geschah dies in der Rechtssprechung der frühen Bundesrepublik oft mit Anleihen an das Unrecht des NS-Staates, was zur Entlastung ganzer Tätergruppen und zur Minderung von Strafen führte.⁶⁶ Noch 1963 bis 1965 stand der vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer⁶⁷ im Alleinkampf erstrittene erste Auschwitz-Prozeß „zwischen Aufklärung und Erkenntnisabwehr“.⁶⁸ Fazit für die Bundesrepublik: „Die rechtliche Aufarbeitung von Hitlers Verbrechen ist überwiegend gescheitert und folgte sogar der Logik des NS-Rechts.“⁶⁹

Diese Periode restaurativer Neuordnung während der frühen Adenauerzeit war gekennzeichnet von einer grundlegenden politisch-ideologischen Revision des Faschismusbildes der Anti-Hitler-Koalition. Ad acta gelegt waren auch die mit den Nürnberger Prozessen und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zur Ahndung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit (Dezember 1945) gezogenen Schlussfolgerungen. Die Bundesrepublik wurde in die Nachfolge des untergegangenen Deutschen Reiches gestellt, dessen Entwicklung durch den „Betriebsunfall Adolf Hitler“ und die Niederlage 1945 nur unterbrochen war, über „Verwestlichung“ aber zur Kontinuität zurückgefunden hatte. Dieses Kontinuitätsverständnis erlaubte es, sich ohne Trauerarbeit vom Nationalsozialismus zu distanzieren, aber auch vom „Verrat“ der Hitlergegner einschließlich der Männer des 20. Juli 1944 und von Emigranten wie Thomas Mann und Marlene Dietrich. Den 8. Mai 1945 sah man im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen nicht als Manko.

66 Siehe Perels, Entsorgung.

67 Der jüdische Emigrant wurde bis zu seinem frühen, ungeklärten Tod von seinen nazi-belasteten Kollegen aufs Erbitterteste beföhdet. Siehe Irntrud Wojak: Fritz Bauer. Eine Biografie, München 2009.

68 Perels, Entsorgung, S.206.

69 Joachim Perels: Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung, in: DIE ZEIT, 26.1.2006, S. 51. Siehe auch Ders./Wolfram Wette (Hrsg.): Mit reinem Gewissen. Wehrmachtsrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2011.

Dass die Funktionseleiten des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nahezu ungebrochen zu den neuen Funktionseleiten der Bundesrepublik mutierten, konnte nur dadurch legitimiert werden, dass das faschistische Herrschaftssystem auf eine diffuse Diktatur von Partei und charismatischem Führer reduziert wurde. Bei denen allein wurde die Verantwortung für die NS-Politik und auch für Nazi- und Kriegsverbrechen festgemacht. Entgegen erwiesenen Sachverhalten gelang es einem mächtigen und einflussreichen Entsorgungskartell, der Auffassung Geltung zu verschaffen, dass Monopolwirtschaft, Staatsbürokratie, Justiz und Militär nicht Bestandteile des NS-Herrschaftssystems, sondern davon abgekoppelt gewesen und vom Nationalsozialismus lediglich benutzt oder missbraucht worden waren.

So entstand die Bundesrepublik zwar als föderaler, demokratischer Rechtsstaat im Stile einer autoritären Kanzlerdemokratie, der in vielem über „Weimar hinaus“ ging, sie hatte aber zugleich im weitesten Sinne mit den gesellschaftspolitischen Befreiungsoptionen und -perspektiven des Neubeginns nach dem Mai 1945 gebrochen. Insofern handelte es sich um eine restaurative Neuordnung.⁷⁰ Anders interpretiert, als es der Verfasser meint, bekräftigt das auch Hans-Peter Schwarz: „Dennoch: so stark sich auch die Westzonen und die Bundesrepublik inzwischen verändert hatten, repräsentierte der deutsche Westen doch die Kontinuität von Kapitalverhältnis und Konkurrenzökonomie; jedenfalls waren [...] ideengeschichtlich, soziologisch, ökonomisch, verfassungsrechtlich, mentalitätsgeschichtlich die Kontinuitäten zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik doch sehr ausgeprägt, während im kommunistischen Herrschaftsbereich ein sehr viel radikalerer Traditionsbruch als im deutschen Westen erfolgte.“⁷¹ Oder aus der anderen Sichtweise Hermann Glaser: „Die ‚verordnete Demokratie‘ mit dem Purgatorium der Entnazifizierung war fragwürdig; aber es fehlte auch die innere Bereitschaft der

70 Siehe schon Rolf Badstübner: *Restauration in Westdeutschland*, Berlin 1965. Die von der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung Anfang der 1970er-Jahre erfolgte Zurückweisung der Restaurationsthese krankte bereits daran, dass die Ergebnisse der frühen Transformationsperiode nicht ernst genommen wurden. Siehe auch Claudia Fröhlich: *Restauration. Zur (Un)tauglichkeit eines Erklärungsansatzes westdeutscher Demokratiegeschichte im Kontext der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: Stephan A. Glienke/Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.): *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S.17-52.

71 Hans-Peter Schwarz: *Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, Opladen 1996, S.51.

Deutschen, umzudenken und sich von ihrer Vergangenheit zu lösen. Die Unfähigkeit zu trauern, wurde mit Überheblichkeit kompensiert.⁷² Die „oktroiierte Demokratie“ wurde zunächst mehr hin- als angenommen, das Wirtschaftswunder⁷³ machte sie und den Bruch erträglich.

Die Entstehung des Ostzonenstaates verlief anders. Die in der SBZ realisierten Befreiungsoptionen wurden nicht zurückgenommen – und insofern unterschied sich die frühe DDR als deutlich antifaschistischer Staat von der frühen Bundesrepublik.⁷⁴ Aber mit der zunehmenden Ausbreitung stalinistischer Dogmen im Kalten Krieg wurde der demokratische Neubeginn deformiert und in seiner Weiterentwicklung stark beeinträchtigt. Nach den Reformen, die von vielen „angenommen“, von anderen hingegen abgelehnt worden waren, sprach eigentlich alles für Konsolidierung und Ausbau, für die Fortsetzung einer Konsenspolitik im Parteien-Block und damit dann in weiterer Perspektive für einen demokratischen Weg und längerfristig auch für einen modernen Sozialismus. In der sowjetischen Besatzungspolitik vollzog sich aber seit Mitte 1948 eine Abkehr von offeneren Positionen und Kompromissbemühungen, die für eine abgestimmte Vier-Mächte-Politik erforderlich gewesen waren. An Einfluss gewann ein „klassenkämpferisches“ Sozialismusbild im Geiste des Leninismus Stalinscher Prägung. Die SED entwickelte sich zu einer „Partei neuen Typus“ und distanzierte sich vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Damit vollzog sie einen Bruch mit ihren Anfängen.

Die von Stalin bis „5 Minuten nach 12“ verfolgte Orientierung auf die Einheit Deutschlands hatte zur Folge, dass bei Gründung der DDR nur die zuvor ausgearbeitete gesamtdeutsche Verfassung des Deutschen Volksrates zur Verfügung stand. Damit verfügte die DDR über eine Verfassung, die über „Weimar“ und zugleich über den Kapitalismus auf ein „anderes Deutschland“ hinauswies. Sie verankerte die Umgestaltungen aus dem alliierten Deutschlandprojekt und aus eigenen ostdeutschen Programmen, fixierte Veränderungen wie die Beseitigung von Faschismus

72 Hermann Glaser: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948*, München-Wien 1985, S.142.

73 Allerdings nicht so wie weithin verbreitet wird. Siehe Jörg Roesler: *Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre „Argumente“ produzieren*, Berlin 2008.

74 Das fand international weite Anerkennung. Siehe z. B. Peter Barker (Hrsg.): *Views from Abroad. Die DDR aus britischer Perspektive*, Bielefeld 2007; Christian Wenkel: *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“*. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014.

und Militarismus, den Elitenwechsel, die Entnazifizierung, sie hielt Antifaschismus, Demokratie und freiheitliche Grundrechte als Grundprinzipien staatlichen und politischen Handelns fest. Doch im Widerspruch zur DDR-Verfassung stellte sich das Politbüro der SED in der politischen Praxis über die Volkskammer, die eigentlich oberstes Organ einer Volksherrschaft sein sollte. Entgegen den verkündeten parlamentarischen Grundregeln errichtete die SED auf diese Weise eine de facto SED-Diktatur, die eingebettet war in ein spezifisches „realdemokratisches“ System, das höher veranschlagt wurde als die Bonner „Formaldemokratie“. Das verfehlte einen gewissen Zuspruch vor allem deshalb nicht, weil die überwiegende Mehrheit der (Ost)Deutschen über keinerlei Demokratieerfahrung verfügte. Die östlichen Defizite mussten in den Augen vieler, die sich für das Projekt Sozialismus entschieden hatten, nicht schon das letzte Wort sein.⁷⁵ Und gegenüber Restauration und schwerwiegenden Nazi-Belastungen der (frühen) Bundesrepublik erschienen nicht wenigen die Deformationen im Osten als das kleinere Übel, wobei sich ja auch vieles aus der Tatsache zu ergeben schien, dass die frühe DDR schwer mit ihrer (Über)Lebensfähigkeit zu ringen hatte.

Blickt man auf die Ausgangssituation von 1945 und auf die Befreiungsoptionen und -perspektiven zurück, dann wird deutlich, welche große historische Chance nach 1947/48 vertan wurde. Im Zuge der Ausbreitung des Kalten Krieges, der in West und Ost auch atomare Vernichtungsszenarien einschloss, wurden zwischenzeitlich über mehrere Jahrzehnte Feindbilder kultiviert, Menschenleben geopfert und Ressourcen verschwendet. Die Befreiungsoptionen hatten 1945 Besseres verheißen.

75 Die DDR reduzierte sich außerdem nicht auf ihr politisches System; die gesellschaftlichen Lebenswelten markierten deutlich auch „Grenzen der Diktatur“ (siehe Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Einleitung, in: Ders. [Hrsg.]: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln-Weimar-Wien 1999) und unterschieden sich von der „Systemwelt“. Es gehörte zur Normalität des Lebens in der DDR, „dass erstaunlich viele DDR-Bürger auch dazu bereit waren, den Staat und die Gesellschaft mitzugestalten“. (Mary Fulbrook: Historische Kontroversen seit 1990, in: Barker, Views from Abroad, S.41-52, hier S.43). Siehe auch Dies: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008; Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.